

# Benchmarking unter den Stadtteilschulen?

Seit 1959 empfängt der Senat zum 1. Mai Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften im Rathaus. Traditionell beginnt der Empfang mit einer Rede des Ersten Bürgermeisters. In diesem Jahr versicherte Olaf Scholz u.a. seine Unterstützung für das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf sowie die Jugendberufsagentur. Damit bekräftigte er seine Aussagen vom Maiempfang 2013 und der Jubiläumsfeier zum HIBB.

In seiner diesjährigen Rede sprach der Bürgermeister von einem Benchmarking unter den Stadtteilschulen, welches durch die Daten der Jugendberufsagentur möglich wird. Beim Bench-

marking beurteilt man Schulen nach Kennzahlen. Für diese Kennzahlen aggregiert die Jugendberufsagentur den Verbleib der Schülerinnen und Schüler in einer Weise, dass die Übergangsquoten nach der 10. Klasse einfach verglichen werden können. Es geht also um den prozentualen Übergang in die Oberstufe, in duale Ausbildungen, in vollschulische Ausbildungen, in Av-Dual, die Berufsqualifizierung usw. Bei diesem Benchmarking wird von rein quantitativen Tatbeständen auf die Qualität der Berufsorientierung geschlossen und damit eine Aussage über die Arbeitsergebnisse der Lehrkräfte der Stadtteilschulen und

Beruflichen Schulen getroffen. Ein solches Vorgehen ist nicht hinnehmbar, weil der vermutete einfache Zusammenhang zwischen der Wahl des weiteren Bildungsgangs und der Qualität der Berufs- und Studienorientierung nicht besteht. Viele Aspekte beeinflussen den Übergang nach der 10. Klasse.

Für den Gesamtpersonalrat habe ich dem Ersten Bürgermeister einen Brief geschrieben, der die Probleme und Änderungsbedarfe benennt. Wenn sich das Ganze nicht als großes Missverständnis herausstellt, erwarten wir die Unterstützung der Kollegien durch die BSB und das HIBB statt der Beurteilung auf Basis solcher Zahlen. Bloße Kennzahlen führen ggf. zu einer Stigmatisierung einzelner Stadtteilschulen, die durch die Inklusion und den weiteren Aufbau der Stadtteilschule ohnehin schon genügend belastet sind.

ROLAND KASPRZAK,  
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats

# kaputtgespart

Sehenden Auges fahren die Verantwortlichen die Berufs- und Studienorientierung an den Stadtteilschulen gegen die Wand. So scheitert die Reform des Übergangssystems Schule-Beruf, bevor sie richtig wirken kann

In Hamburg werden momentan die ersten wirkungsvollen Ansätze für eine gelingende Berufs- und Studienorientierung systematisch zunichte gemacht. Anstatt mit einem schlüssigen Konzept und einer angemessenen Personalausstattung dieses für den Wirtschaftsstandort Hamburg so wichtige Thema beherzt und entschlossen weiter zu verfolgen, schauen der Bürgermeister und sein Bildungssenator zu, wie auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte ein Kleinkrieg

zwischen der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), Abteilung Stadtteilschulen und dem Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) um die knappen personellen Ressourcen für die Berufs- und Studienorientierung ausgetragen wird.

Zur Erinnerung: Mit der Drucksache 19/8472 entschied die Bürgerschaft im Januar 2011, dass eine über mehrere Jahre aufwachsende Zahl von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern in die Stadtteilschulen gehen sollte, um dort die

Berufs- und Studienorientierung in Zusammenarbeit mit den STS-Lehrkräften weiterzuentwickeln und zu verbessern. In mehreren Tranchen sollen bis zum Schuljahr 2015/16 Berufsschullehrkräfte in einem Umfang von 120 Stellen diese wichtige Aufgabe übernehmen und dazu beitragen, die Übergangszahlen in eine berufliche Ausbildung zu erhöhen und die Abbrecherquoten in der Berufsausbildung und dem Studium zu verringern.

Das erste Mal wurde dieser Beschluss im Schuljahr 2012/13

aufgeweicht, als die zu diesem Zeitpunkt vorgesehenen 17 Stellen zum Aufbau der Jugendberufsagentur zweckentfremdet wurden. Ein wichtiges Thema, aber eben keine Berufs- und Studienorientierung.

Der ganz große Bruch – und damit das absehbare Scheitern der Berufs- und Studienorientierung – kam im vergangenen Jahr, als der Senat beschloss, die zukünftig von den Berufsschulen an die Stadtteilschulen abzugebenden 75 Lehrerstellen für Berufs- und Studienorientierung den Stadtteilschulen auf ihren Stellenplan anzurechnen.

Damit wurden die Kolleginnen und Kollegen der Berufsschulen und mit ihnen die Berufs- und Studienorientierung von einer willkommenen und wichtigen Ergänzung des Angebots der Stadtteilschulen zur ungeliebten Konkurrenz. Berufsschullehrkräfte, die ohne schlüssiges Konzept die Kolleginnen und Kollegen der Stadtteilschulen aus dem Fach Arbeit und Beruf verdrängen, den Tutorinnen und Tutoren wichtige Zeiten zur Arbeit mit der Klasse blockieren

und teilweise fachfremd in allgemeinbildenden Fächern eingesetzt werden, schaden den Stadtteilschulen mehr als sie nützen und sind verständlicherweise nicht willkommen.

Seit 2011 waren weder das HIBB noch die BSB in der Lage, ein gemeinsames, mit Industrie und Handwerk abgestimmtes Konzept zur Berufs- und Studienorientierung zu entwickeln. Dies ist ein absolutes Armutszeugnis, das nur mit gegenseitiger Blockadepolitik und Ignoranz erklärt werden kann. Es bleibt ein Rätsel, wieso der Bürgermeister und sein Senator gleichgültig diesen Ränkespielchen zusehen.

Für die Kammern und Verbände scheint indes der von ihnen ausgerufene Fachkräftemangel doch nicht so problematisch zu sein. Sie schauen sich das Scheitern der Berufs- und Studienorientierung tatenlos an, nach dem Motto: „Nichts sehen, nichts hören und erst rechts nichts sagen.“ Dabei hätten sie durch ihre starke Position in der Hamburger Politik und im HIBB-Kuratorium alle Mittel in der Hand, der

Berufs- und Studienorientierung in den Stadtteilschulen zu ihrer angemessenen Bedeutung zu verhelfen. Es mag daran liegen, dass die Wirtschaft immer noch viele Ausbildungsplätze mit Schulabgängern und Schulabgängerinnen anderer Bundesländer besetzen kann. Hamburgs Jugendliche haben das Nachsehen.

Die Zahl der Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer, die sich und ihre Vorstellungen von gelingender Berufs- und Studienorientierung in dieser schädlichen Gemengelage freiwillig opfern wollen, ist weit von den geplanten 100 Stellen für das Schuljahr 2014/15 entfernt. Der Weg des HIBB, seine Verpflichtungen aus der Drucksache gegenüber der BSB durch Zwangsabordnungen zu lösen, wird auch die letzten idealistisch gestimmten Kolleginnen und Kollegen vergraulen.

Mit der ersten Tranche im Schuljahr 2011/12 wurde noch der richtige Weg besritten: Die Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer kamen ohne Anrechnung auf den Stellenplan der Stadtteilschulen als zusätzliches Angebot und zur Unterstützung der Stadtteilschulkollegien an die Schulen. Sie brachten Entlastung, weil sie sich um die Jugendlichen kümmerten, deren Übergang in die Oberstufe gefährdet war und brachten ihre Erfahrung und Haltung in die schulinternen Entwicklungsprozesse ein. Aus diesen ersten Erfahrungen wurde im Frühjahr 2012 von Dr. Alfred Lumpe und Hartmut Schulze in einem Artikel in *Berufliche Bildung Hamburg* 1/2012 ein Konzept entwickelt, dass die Tätigkeiten der Berufsschullehrkräfte wie folgt beschreibt:

Die Lehrkräfte der berufsbildenden Schulen unterstützen die Lehrkräfte der Stadtteilschulen, die Fachberaterinnen und -berater der Agentur für Arbeit und die Mitarbeitenden der Jugendberufsagentur. Sie sind mindes-



Selbst unsere Urhahnen waren besser...

tens an einem Tag je Woche in der Stadtteilschule präsent, um verlässlich erreichbar zu sein. Die Aufgaben lassen sich in drei Schwerpunkte gliedern:

Aufgabenschwerpunkt I ist die Unterstützung und Begleitung im Einzelfall. Dazu gehören u.a. die Vorbereitung, Begleitung und Auswertung betrieblicher Praktika, die Vorbereitung auf Beratungs- und Bewerbungsgespräche sowie die Initiierung von und Mitwirkung an Fallkonferenzen.

Aufgabenschwerpunkt II ist die Information und Beratung von Schülerinnen und Schülern sowie gegebenenfalls die Qualifizierung von Lehrkräften und Eltern. Die Beratung wird durch Informationsveranstaltungen ergänzt, deren Themen u.a. Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt, Bildungsabschlüsse und Weiterbildungsmöglichkeiten, staatlich finanzierte Ausbildungsangebote sind.

Aufgabenschwerpunkt III ist die Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur.

Folgerichtig wäre gewesen, dieses Konzept zu präzisieren, zur Grundlage für den weiteren Ausbau der Berufs- und Studienorientierung zu machen. Stattdessen wurden mit der Entscheidung, die Stellen für die Berufs- und Studienorientierung auf den Stellenplan der Stadtteilschulen anzurechnen, die Zeiten für zentrale Aufgaben der Berufs- und Studienorientierung gestrichen und damit 75 Lehrstellen eingespart. Eine sehr kurzsichtige Entscheidung.

Um die Matchingprozesse zu verbessern und Übergänge von Jugendlichen in die Berufsausbildung zu erleichtern, bedarf es individuell abgestimmter und zeitintensiver Prozesse. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, deren Eltern und Großeltern die kulturelle Verwurzelung und Wertigkeit der handwerklichen und industriellen Erwerbstätigkeit in

Deutschland nicht kennen und damit nicht weitergeben können, brauchen eine intensive Begleitung. Gerade hier müssen die Eltern mit einbezogen werden, da sie ihren Kindern häufig davon abraten, sich für eine Berufsausbildung im dualen System zu entscheiden. Viele Einzelberatungen, Erfahrungen im Lernort Betrieb und Erkenntnisse über die eigenen Neigungen und Stärken sind notwendig, um ein Umdenken zu bewirken und die Jugendlichen beim Übergang zu unterstützen. Mit der Anrechnung der Stellen für Berufs- und Studienorientierung werden aber genau diese Ansätze kaputtgespart. Die Stadtteilschulen werden entweder gezwungen, die Berufsschullehrkräfte im Regelunterricht einzusetzen – wo sie die Kernaufgaben der Berufs- und Studienorientierung nicht mehr leisten können – oder sie verdrängen die angestammten Stadtteilschullehrkräfte aus dem Bereich Arbeit und Beruf.

Eine gelingende Berufs- und Studienorientierung an den Stadtteilschulen, die vorhandene Angebote erweitert und für höhere Übergangszahlen und bessere Zukunftsperspektiven der Jugendlichen sorgt, würde die Attraktivität der Stadtteilschulen erheblich steigern.

Die Jugendberufsagentur kann ohne eine funktionierende Berufs- und Studienorientierung ebenfalls nicht erfolgreich arbeiten.

Deshalb fordern wir mit Nachdruck, auf eine Anrechnung der Kolleginnen und Kollegen für die Berufs- und Studienorientierung zu verzichten. Außerdem bedarf es dringend eines konkreten Begleitkonzeptes mit

einer klaren Aufgabenbeschreibung, Aufgabenverteilung und mit Fortbildungsangeboten, ähnlich der Einführung von AvDual an den beruflichen Schulen. Darüber hinaus bedarf es einer Überarbeitung des Bildungsplans „Arbeit und Beruf“. Nach diesem soll die Berufs- und Studienorientierung zwar in „Arbeit und Beruf“ integriert werden, der Plan schreibt aber überwiegend andere Inhalte und Vorgehensweisen vor. Auch das führt zu Problemen.

Das Geld, das hierfür aufgewendet werden müsste, ließe sich in der nachgelagerten Ausbildungsvorbereitung wieder einsparen, da sich die Zahl der Jugendlichen, die dort ihre Ehrenrunde drehen, verringern würde. Berufs- und Studienorientierung muss ein gemeinsames Angebot der Stadtteil- und Berufsschullehrkräfte sein. Dazu muss dringend ein von allen Seiten anerkanntes, verbindliches Konzept her, das diesen Namen auch verdient. Nach drei Jahren Berufs- und Studienorientierung sollte die notwendige Expertise in der Behörde vorhanden sein. Es muss deutlich werden, dass die Jugendlichen verantwortungsvoll beim Übergang in das Berufsleben begleitet werden und nicht unter Verwertungsgesichtspunkten dem Arbeitsmarkt zugeführt werden. Für die Verbesserung des Images einer Berufsausbildung sind allerdings auch Industrie und Handwerk verantwortlich. Das sollten uns die Jugendlichen und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Hamburg wert sein.

FACHGRUPPEN HANDEL  
UND GEWERBE



**Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft**

**Landesverband Hamburg**

**Fachgruppen Berufliche Schulen**